

## Abhandlungen

Iris Wiesner/Jasmin Bitzer

### Die Grundsteuerreform in Deutschland und ihre Auswirkung auf Kommunen . . . . . 365

Im Jahr 2018 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die aktuellen Regelungen zur Grundsteuer in Deutschland verfassungswidrig sind. Hiermit hat das Gericht eine Reform der Grundsteuer angestoßen und einen zeitlichen Rahmen gesetzt: Bis zum 31.12.2019 muss der Gesetzgeber eine Neuregelung treffen, die dann in den nächsten fünf Jahren umzusetzen ist.

Der Bundesfinanzminister hat ein Eckpunktepapier vorgestellt, das als erste Grundlage für die Haushaltsplanung der Kommunen dienen kann. Der Beitrag stellt wesentliche (geplante) Regelungen vor und erläutert, welche Auswirkungen diese auf die künftige finanzielle Situation der Kommunen haben können.

Jan Seybold

### 70 Jahre Grundgesetz – Eine Kurzbetrachtung der kommunalen Selbstverwaltung. . . . . 367

Auch wenn die Idee kommunaler Selbstverwaltung deutlich älter ist, so gibt das Jubiläum des Grundgesetzes auch Anlass zur Betrachtung dieses wesentlichen Aspekts des Staatsaufbaus. Die kommunale Selbstverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland wurde durch das Grundgesetz (in Art. 28 Abs. 2 GG) verankert. Allerdings waren die heutigen Ausprägungen dieses Rechts seinerzeit noch nicht sämtlich bekannt, sondern sie wurden vielmehr über die letzten Jahrzehnte durch die Literatur und die Rechtsprechung entwickelt.

Dieser Beitrag gibt zunächst einen Überblick über Inhalt und Grenzen der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie, namentlich die Rechtssubjektgarantie, die Rechtsinstitutionsgarantie sowie die subjektive Rechtsstellungsgarantie der Kommunen. Im Anschluss daran werden drei bedeutende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur kommunalen Selbstverwaltung vorgestellt, die „Rastede-Entscheidung“ vom 23.11.1988, die „Laatzten-Entscheidung“ vom 27.11.1978 sowie die „Verpackungssteuer Kassel“-Entscheidung vom 7.5.1998. Auf diese Weise soll auch verdeutlicht werden, welchen Grenzen und Herausforderungen die kommunale Selbstverwaltung alltäglich ausgesetzt ist. Anschließend werden Beispiele für individuelle Regelungen in den Bundesländern erläutert, insbesondere die verschiedenen Bezeichnungen der Kommunen, die unterschiedlichen Regelungen zum Vorsitz in der Vertretung sowie die verschiedenen Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Ladungsfristen zu Sitzungen der kommunalen Vertretungen.

Edmund Schaaf/Julian Engel

### Zur Unvereinbarkeit zwischen Beruf und kommunalem Mandat – Teil 1. . . . . 373

Welche Beschäftigten kommunaler Gebietskörperschaften bzw. ihrer Unternehmen und Betriebe können Mitglieder der jeweiligen kommunalen Vertretungskörperschaft sein? Art. 137 Abs. 1 GG ermächtigt zur Einschränkung der Wählbarkeit u.a. von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes in den Ländern und Gemeinden durch Gesetz.

Erläutert werden zunächst die Bedeutung des Wahlrechts, das Demokratiegebot auf kommunaler Ebene, die grundsätzliche Einschränkung nach Art. 137 Abs. 1 GG sowie landesrechtliche Regelungen am Beispiel von Rheinland-Pfalz. Im Anschluss daran wird ein Überblick über die vorherige verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung gegeben und sodann die Frage untersucht, ob diese angesichts der neuen Rechtsprechung des BVerwG vom 14.6.2017 weiter zugrunde gelegt werden kann. Weiterhin werden kommunalpolitische Fragen zur Doppelfunktion als Beschäftigter der Gemeinde und Mitglied des Gemeinderats aufgeworfen.

Michael Jesser/Wiebke Brumme

### Innovative Personalgewinnung in niedersächsischen Kommunen mithilfe von Onlineverfahren . . . . . 379

Kommunen stehen immer häufiger vor der Schwierigkeit, in der Verwaltung vorhandene Stellen nicht oder nur qualitativ minderwertiger als angedacht besetzen zu können. Zur Verringerung dieser Diskrepanz empfiehlt es sich nach Ansicht der Verfasser, Elemente einer modernen Personalauswahl zu nutzen. Dazu gehören z.B. Onlinetests, die von einigen Anbietern bereits vorgehalten werden. So soll bereits durch ein modernes Einstellungsverfahren die Attraktivität einer Tätigkeit in der Kommune verdeutlicht werden.

Der Beitrag gibt einen Überblick über Ziele, Verfahren und Inhalte von Onlineverfahren zur Personalgewinnung in den Kommunen Niedersachsens.

Gert Kohnke/Michael Grosse

### Einkommensermittlung bei Selbstständigen im SGB II nach § 3 der Alg II-Verordnung (Alg II-V) – Teil 13: Fortsetzungswürdigkeit . . . . . 383

Im 13. Teil dieser Reihe (zuletzt in der Dezember-Ausgabe der DVP 2018, S. 481) befassen sich die Autoren mit der Frage, wie lange der zuständige Leistungsträger eine selbstständig tätige Person i.S.d. § 3 Alg II-V unterstützt, die sich im Leistungsbezug nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch befindet.

## Fallbearbeitungen

Gerhard Lange/Rolf Kosczynski-Wagner

### Verwaltungszwang zur Durchsetzung einer Auflage . . . 390

In dieser Fallbearbeitung zum verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz und zum Verwaltungsvollstreckungsrecht NRW geht es u.a. um die Möglichkeit, eine Auflage in einer Baugenehmigung mit Zwangsmitteln durchzusetzen. Eine Besonderheit ergibt sich hier daraus, dass der ursprüngliche Adressat der Baugenehmigung das Grundstück inzwischen an eine neue Eigentümerin übergeben hat.

Bernd Reinemann

### Religionsfreiheit geht vor?! – oder: Endlose Toleranz? . . . 396

Dieser Fall befasst sich damit, ob einer Beamtin das Tragen eines Kopftuchs während des Dienstes untersagt werden kann und welche Möglichkeiten des Rechtsschutzes sie hat.

## Rechtsprechung

### Geltung der Grundrechte auch im „Besonderen Gewaltverhältnis“

(BVerfG, Beschluss vom 14.3.1972 – 2 BvR 41/71)

<http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv033001.html>

### Kündigung wegen heimlich aufgezeichneten Personalgesprächs

(LAG Frankfurt/M., Urteil vom 23.08.2017 – 6 Sa 137/17)

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/LARE190004960>

## Schrifttum

405

Die Schriftleitung